



## Das Ehegattensplitting ist die teuerste Fehlentwicklung der Familienpolitik

Ein Bericht über den Vortrag von Elisabeth Niejahr am 28. Januar 2015 in Hameln

Für das Projekt 2015 hatte sich die Initiative *Kirche mischt sich ein* für das Leitthema „Familie im Brennpunkt“ entschieden und für den einleitenden Vortrag Elisabeth Niejahr eingeladen –ZEIT Journalistin aus Berlin und dort Expertin u.a. für Familienthemen.

Ihr Vortragsthema: Leitbild Familie – Familienpolitik in Deutschland.



Familienpolitik sei ein Querschnittsthema, das viele Lebensbereiche in unterschiedlicher Weise betreffe, von denen sie einige, aber nicht alle ansprechen wolle, meinte Elisabeth Niejahr einleitend. Sicher sei das Thema der demografischen Entwicklung eines, das alle anderen überlagere, aber es sei weit davon entfernt, sich in Richtung einer der Schreckensvisionen zu entwickeln, die lange Zeit die Diskussion beherrschten: Weder zeichne sich eine Entwicklung ab, nach der die große Gruppe der Rentner ihre Interessen rücksichtslos durchsetzen würde, noch hätten die Jungen die uneingeschränkte Macht.

Mit deutlichen Worten skizzierte Elisabeth Niejahr die von ihr ausgewählten Problemfelder der Familienpolitik:

Der demografische Wandel wird derzeit schwächer wahrgenommen und weniger pessimistisch als noch vor 30, 40 Jahren. Bei dem für unser Empfinden relativ langsamen Prozess wird uns allenfalls die Problematik der Rentenfinanzierung bewusst und das Konfliktpotential für Auseinandersetzungen zwischen den Generationen. Kaum thematisiert werden Unterschiede innerhalb der Generationen, z.B. eine zu erwartende Verschärfung des West-Ost-Gefälles, nachdem sich der Anteil an erwerbstätigen (Ehe-)frauen zugunsten des Westens umgekehrt hat. Zunehmender und ungleich verteilter Reichtum durch Erbschaften wirft die Frage nach einer gerechteren Verteilung auf. Aber auch hinsichtlich des Generationenkonfliktes sind unterschiedliche Aspekte zu erkennen. Die zweifellos steigenden Kosten der Altersversorgung und im Gesundheitswesen schaffen Märkte und damit Arbeit und Einkommen für Jüngere. Im Übrigen spricht einiges gegen die Vorstellung, dass die Jugend individualistisch, die Alten konformistisch seien; es gibt Gegenbeispiele. Auch Wahlgeschenke kommen keinesfalls nur bei den Alten gut an.

Der Anteil an Frauen in der Arbeitswelt hat seit 1995 um 10 % zugenommen. Im Niedriglohnsektor arbeiten ca. 70 % Frauen, und natürlich sind sie auch im Sektor Teilzeitarbeit überrepräsentiert. Beträgt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Männer 42 Std. (gegenüber 48 Std. 1950), liegt die der Frauen bei 30 Std. – in der Summe bei Paaren also bei 72 Std. Obwohl sich die Arbeitszeit im Haushalt deutlich verringert hat, bei einem durchschnittlichen Beitrag der Männer von 9 Std., sind die Anforderungen gestiegen, etwa durch einen erhöhten Abstimmungsbedarf zwischen den Partnern und ein aktiveres Kaufverhalten (z.B. über das Internet). Das führt zu einem zunehmenden Gefühl von Überforderung („rush-hour des Lebens“), bei Männern, wie bei Frauen. Dazu kommt das Problem von Eltern, die sich und die Kinder, schulisch und außerschulisch, überfordern. Bei wohlhabenderen Eltern gibt es auch Fälle von „Wohlstandsverwahrlosung“ der Kinder, weil Kita-Plätze fehlen oder nicht genutzt werden.

Die demografische Entwicklung schafft auch zunehmend Probleme bei der Altenpflege. Die Betreuung der Eltern kann zu ähnlichen Einschränkungen führen wie die von Kindern und ist in der Regel psychisch belastender.



**Zeitpolitik:** Statistisch gesehen nimmt bei Männern die Wochenarbeitszeit zu, wenn sie 1 oder mehrere Kinder haben, und sie liegt bei Besserverdienenden höher als bei Niedrigverdienenden - oder haben Besserverdienende mehr Kinder? Wenn es für die Wirtschaft schwieriger wird, qualifizierte Mitarbeiter zu bekommen, muss sie flexiblere Arbeitszeitmodelle anbieten, und sie tut das auch. Auf Arbeitnehmerseite steht die Forderung nach kürzerer Arbeitszeit und vor allem mehr Zeitsouveränität immer wieder auf der Agenda. Dazu gibt es aktuelle Ergebnisse einer Umfrage der IG Metall. Für den einzelnen Beschäftigten kann ein entsprechender Wunsch karrieretötend sein, weil er mit mangelnder Leistungsbereitschaft gleich gesetzt wird. In Schweden ist dagegen der Wunsch nach kürzerer Arbeitszeit als Rücksichtnahme auf die Familie gesellschaftlich anerkannt. In den USA gibt es Empfehlungen, im Alter zwischen 20 und 45 Jahren weniger lange zu arbeiten als danach, und außerdem besitzt Weiterbildung einen hohen Stellenwert. Bei uns wird der Abschluss der Berufsausbildung mit Meisterbrief oder Diplom als qualifikationsentscheidend angesehen. Dazu steht im Widerspruch, dass bei Beamten die automatische Beförderung mit zunehmender Qualifikation begründet wird.



Mit einer wachsenden Zahl an Kindern wachsen neben dem erhöhten zeitlichen Aufwand naturgemäß auch die finanziellen Anforderungen, angefangen bei der größeren Wohnung, Auto usw. Verglichen mit Nachbarländern gibt es in Deutschland mehr Ein-Kind-Familien. Im Unterschied vor allem zu Frankreich (dort zahlen Familien mit drei Kindern fast keine Steuern) fehlt es bei uns an einer Steuerpolitik, die größere Familien bevorzugen würde. Dabei werden dem Steuerzahler zahlreiche Möglichkeiten zur Steuerersparnis geboten, und es geht in der Summe um viele Milliarden. Die teuerste Fehlentwicklung in dieser Richtung ist das Ehegattensplitting. Sowohl bei der Steuer als auch der Krankenversicherung werden Paare, unabhängig von der Anzahl ihrer Kinder und dem Lebensalter, bevorzugt, und natürlich nützt das den Beziehern hoher Einkommen sowie bei relativ hohen Einkommensunterschieden der beiden Partner ganz besonders.

Mit den von Jahr zu Jahr steigenden Steuereinnahmen steigt auch der Umfang der entsprechenden Mindereinnahmen des Staates. Andere Wohltaten, wie Mütterrente, Betreuungsgeld und Kindergeld, werden unabhängig vom Einkommen verteilt und sind keine wirksamen Instrumente der Familienförderung und schon gar kein Mittel zum Ausgleich sozialer Härten. Die Diskussion um das Betreuungsgeld hat gezeigt, wo dieses Geld fehlt: Beim Ausbau von Kindertagesstätten und der Bekämpfung von Kinderarmut. Dass Mütter, die frühzeitig ins Berufsleben zurückkehren, vom Land Mecklenburg-Vorpommern gefördert werden (wie das auch einige Privatfirmen tun) und somit denen gleichgestellt werden, die „zu Hause bleiben“ und Betreuungsgeld bekommen, ist ein besonders groteskes Beispiel für das Durcheinander in der Familienpolitik. Im Übrigen zeigt sich, dass der gesetzlich vorgeschriebene Ausbau von Kindertagesstätten in vielen Kommunen zu Lasten von Angeboten an ältere Jugendliche geht. Korrekturen dieser Fehlentwicklungen sind nicht in Sicht, da kein Politiker bereit ist, die einmal eingeführten Wohltaten den Leuten wieder weg zu nehmen.

In der Diskussion wurden als weitere Ursachen für die Überforderung von Eltern psychologische Probleme genannt: Ängste sowohl für die Zukunft der Kinder als auch der eigenen finanziellen Situation. Diese emotionale Überforderung muss außer von den Eltern selbst auch von der gesamten Gesellschaft erkannt werden, und entsprechend müssen sich Ansichten ändern, z.B. im Zusammenhang mit beruflichen Anforderungen. Dabei wird noch einmal an Beispiele anderer Länder erinnert.

Die Familienpolitik hatte zur Zeit der vorigen Großen Koalition schon einmal einen höheren Stellenwert als heute, verschwand während der CDU-FDP-Koalition aber wieder aus dem Fokus. Und

auch in der Agenda 2010 und den damit verbundenen Reformen finden sich keine Ansätze. Mit Schlagworten wie „Gegen die Ökonomisierung des Sozialen“ ist die Diskussion um Geld und



*Dr. Ralf Magagnoli als Moderator der Diskussion mit Frau Niejahr in der St. Elisabeth-Kirche*

Finanzen sogar etwas in Verruf geraten. Positiv sei dagegen, dass der häufig jammernde Ton in der Diskussion um Familien weg ist und man mittlerweile viel häufiger in Kindern ein Glücksversprechen sieht. Für die nähere Zukunft ist nicht zu erwarten, dass sich die Kinderarmut, die Notsituation von Alleinerziehenden oder die Schwierigkeiten bei der Altenpflege verringern werden. Eher sind aufgrund eines zunehmend angespannteren Arbeitsmarktes von Seiten der Wirtschaft Anstöße und neue Modelle denkbar, vor allem in Bezug auf flexiblere Arbeitszeiten. Allerdings werden davon längst nicht alle Gruppen von

Arbeitnehmern profitieren. Hier wären die Tarifpartner gefordert. Die Ungleichbehandlung von Frauen gegenüber Männern ist auch in diesem Zusammenhang weiterhin ein Thema.

Zum Abschluss der Veranstaltung wurden von Christa Krummheuer Aktivitäten der schulischen und außerschulischen Förderung von Kindern durch unser ökumenisches Netzwerk Nordstadt vorgestellt – als ein Beispiel für praktische Hilfe aus dem Bereich der Kirchen für Familien.

Dr. Detlef Merkel

Februar 2015